

**Das Greenhouse Development Rights-Modell ist das
gerechteste Modell der Lastenteilung.
Von Tilman Santarius**

In den internationalen Klimaverhandlungen wird derzeit über Emissionsminderungsziele verhandelt, um eine gefährliche Störung des Klimasystems noch zu vermeiden. Was ist der jeweils „faire Beitrag“ aller Länder? Wie viele Emissionen sollen Deutschland und die EU, Japan und die USA, China, Indien und die Entwicklungsländer jeweils vermeiden? Und welchen Finanzbeitrag sollen sie aufbringen, um einen gerechten Beitrag zur Lösung des globalen Problems zu leisten? Zig Vorschläge für eine so genannte Lastenteilung wurden in den letzten Jahren vorgelegt. Manche davon sind offensichtlich gerechter als andere.

Am Anfang aller Gerechtigkeit stehen die Menschenrechte. Sie anzuerkennen ist die Grundlage aller Gerechtigkeit; sie umzusetzen muss das erste und höchste Ziel einer gerechtigkeitsfähigen Politik sein. Der Schutz der Menschenrechte ist das Leitmotiv, anhand dessen das Greenhouse Development Rights-Modell (GDRs) die Verteilung der globalen Lasten definiert.

Zunächst definiert das GDRs-Modell eine Beteiligungsschwelle. Menschen, egal ob in Süd und Nord, die über ein Einkommen unterhalb dieser Schwelle verfügen, müssen ihre kargen Mittel nicht für die Lösung des globalen Klimaproblems opfern. Die genaue Höhe dieser Beteiligungsschwelle ist natürlich verhandelbar. Orientierung können empirische Studien liefern, die untersucht haben, ab welchem Einkommen die übelsten Plagen der Menschheit wie Hunger, Unterernährung, Analphabetismus, chronische Krankheiten usw. verschwinden. Erst dann kann annäherungsweise von der Realisierung der grundlegenden Menschenrechte gesprochen werden. Eine solche Beteiligungsschwelle kann bei rund 7500 Dollar Kaufkraftparität pro Mensch und Jahr veranschlagt werden.

Menschen in Süd und Nord, die über ein Einkommen oberhalb dieser Schwelle verfügen, sollten sich an der Lösung des globalen Klimaproblems beteiligen. Auf der Basis ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel – das ist die Summe der kumulierten Pro-Kopf-Emissionen seit 1990 – und ihrer jeweiligen Fähigkeit – das ist die Summe aller Einkommen oberhalb der Beteiligungsschwelle – kann für alle Länder berechnet werden, welchen Lastenanteil sie tragen sollen. Industrieländer wie Deutsch-

land, in denen über 95 Prozent der Menschen ein Einkommen oberhalb der Beteiligungsschwelle beziehen und die zudem vergleichsweise emissionsintensive Lebensstile pflegen, sollen einen größeren Beitrag leisten als die meisten Entwicklungsländer, in denen nur ein kleiner Teil der Bevölkerung über ein Einkommen oberhalb der Beteiligungsschwelle verfügt.

Was sind die Ergebnisse des GDRs-Modells? Die USA als reichstes und emissionsintensivstes Land müssen knapp ein Drittel der globalen Verantwortung tragen; die EU folgt mit rund einem Viertel. Davon fällt Deutschland ein Anteil von 5,2 Prozent zu. China als weltweit bevölkerungsreichstem und im Vergleich aller Entwicklungsländer mittlerweile recht emissionsintensivem Land kommt auf einen Anteil von 7,4 Prozent. Insgesamt tragen die Industrieländer einen Anteil von rund drei Viertel und die Entwicklungsländer rund ein Viertel der globalen Last.

Gut fünf Prozent Anteil an der globalen Verantwortung für Deutschland – das klingt zunächst wenig radikal. Wenn aber ausgerechnet wird, wie viel Emissionsreduktionen dieser Anteil für Deutschland bedeutet, wenn das 2°-Ziel eingehalten werden soll, offenbart sich ein drastisches Bild: Deutschlands fairer Beitrag wäre eine Reduktion von 84 Prozent seiner Emissionen bis 2020 gegenüber dem Niveau von 1990! Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel in der kurzen Zeit nicht durch Klimaschutzmaßnahmen ausschließlich innerhalb von Deutschland erreicht werden kann. Aber das ist auch nicht nötig. Das GDRs-Modell definiert lediglich, dass Deutschlands fairer Anteil an den *globalen* Anstrengungen 84 Prozent Minderung ist. Ein wesentlicher Teil dieses deutschen Minderungsziels wie auch der vergleichbar hohen Minderungsziele anderer Industrieländer kann durch Emissionsreduktionen im Ausland realisiert werden.

Aus dem GDRs-Modell resultiert eine doppelte Verpflichtung der Industrieländer: nämlich ihre inländischen Emissionen deutlich zu verringern und darüber hinaus in erheblichem Umfang Reduktionen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Erst mit der doppelten Verpflichtung der wohlhabenden Länder wird es möglich sein, ambitionierte Klimaschutzziele weltweit zu verfolgen und gleichzeitig das Recht auf ein Leben in Würde für alle Menschen zu sichern.

Zunächst stellt sich die Frage, ob dies eine vollkommen unrealistische Forderung ist. Ein Blick auf die Kosten verrät, dass die Aufgabe durchaus zu bewältigen wäre. Was

würde es kosten, wenn die Bundesrepublik im Jahr 2020 mit Hilfe des Emissionshandels die Hälfte ihres GDR-Minderungsziels, also knapp 350 Megatonnen CO₂, im Ausland realisieren würde? Bei geschätzten 60 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2020 beliefen sich die Kosten auf 24 Milliarden Euro. Das sind zwar keine *peanuts*. Aber horrend erscheint diese Summe angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, auch nicht. Allerdings werden sich nicht alle Emissionsreduktionen im Süden über den Emissionshandel erschließen lassen; andere Mechanismen und Instrumente müssen entwickelt werden, um eine umfangreiche globale Kooperation voranzutreiben.

Gegenüber dem Modell Contractions & Convergence (C&C), welches die globale Last nach dem Prinzip gleicher Pro-Kopf-Emissionsrechte verteilen möchte, stellt sich das GDRs-Modell in mehrfacher Hinsicht als gerechter dar. Erstens verteilt es die Last auf der Basis von „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten.“ Damit entspricht es dem wichtigsten Kernprinzip der internationalen Klimapolitik. C&C hingegen ignoriert dieses Prinzip.

Eine Verteilung nach gleichen Pro-Kopf-Rechten mag zwar gerecht klingen. Warum aber sollen Menschen, die bisher kaum zum Klimawandel beigetragen haben, in der Zukunft nur genauso viele Emissionsrechte erhalten wie jene, die schon seit langem einen treibhausgasintensiven Wohlstand pflegen? Ihnen müssen mehr Emissionsrechte zugestanden werden, damit sie das Menschenrecht auf ein Leben in Würde zunächst einmal verwirklichen können. Eine Gleichbehandlung von Ungleichen ist weder gerecht noch stellt sie Chancengleichheit her.

Für das C&C-Modell ist es heute schlicht zu spät. Als das Global Commons Institutes das Modell Anfang der 1990er-Jahre entwickelt hat, wurde noch davon ausgegangen, dass eine Verteilung nach gleichen Pro-Kopf-Rechten den Armen noch ein Wachstum ermöglichen würde. Inzwischen wurde die Atmosphäre weiter mit Treibhausgasen aufgefüllt und zwar schneller als je zuvor in der Geschichte. Zugleich haben die Klimawissenschaftler herausgefunden, dass tiefere Einschnitte als angenommen vonnöten sind, wenn die gefährliche Schwelle von 2° globaler Erwärmung nicht überschritten werden soll: 2050 dürfen nur noch rund eine Tonne CO₂ pro Kopf emittiert werden. Da die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen der Entwicklungsländer bereits heute bei über zwei Tonnen liegen, müssten sie nach dem C&C-Modell sofort beginnen, ihre Emissionen absolut zurückzufahren. Ist es aber gerecht, dass arme Menschen, die kaum eine

Möglichkeit haben, in Klimaschutz zu investieren, und zudem das Problem gar nicht verursacht haben, bereits eine Minderungslast tragen müssen? Sollten nicht jene Menschen auf der Welt, die über die Mittel verfügen und den Zugang zu modernsten klimafreundlichen Technologien haben, den Armen ihre Last abnehmen?

Doch selbst wer Gerechtigkeit hintanstellt, wenn die Chancen auf politische Umsetzung dadurch steigen, wird vom C&C-Modell nicht überzeugt. Alle Anzeichen sprechen dagegen, dass die Entwicklungsländer sich in Kopenhagen auf ein Abkommen einlassen werden, das ihnen schon bald absolute Emissionsreduktionen aufbürdet. Wer diese Forderung erhebt, riskiert, dass Kopenhagen scheitert. Stattdessen steht die doppelte Verpflichtung der Industrieländer, nach der sie Minderungsaktivitäten in den Entwicklungsländern unterstützen sollten, längst im Mittelpunkt der gegenwärtigen Klimaverhandlungen.

Zugegeben, ob diese Unterstützung das Ausmaß erreichen wird, welches das Greenhouse Development Rights-Modell fordert, steht in den Sternen. Darüber dürfte in den Hinterzimmern während der letzten Nacht in Kopenhagen entschieden werden, wenn die Anliegen der Gerechtigkeit wohl nicht mehr im Mittelpunkt stehen...

Weiterführende Links:

<http://gdrights.org/>

<http://www.boell.de/oekologie/klima/klima-energie-571.html>